

## Die Arbeitgeber sind (an)gespannt: Gesetzesreform muss funktionieren

**Wirtschaft** Bei Südwestmetall setzt man hohe Erwartungen in das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das Thorsten Frei vor drei Jahren maßgeblich entwickelt und die Ampel nun rigoros reformiert hat. *Von Ralf Trautwein*

**W**er einen Handwerker bestellt, Hotelfachleute oder Pflegepersonal sucht, kennt das Problem: In vielen Branchen fehlt es an Personal. In vielen Regionen ist der Fachkräftemangel die Wachstumsbremse Nummer Eins. In Deutschland können derzeit mehr als 600 000 Stellen nicht besetzt werden.

Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag, federführend für neue Gesetze, war CDU-Wahlkreisabgeordneter Thorsten Frei voll überzeugt von der Wirkkraft „seines“ Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. Im März 2020 trat es in Kraft – mitten in der Corona-Pandemie. Und floppte.

### Theoretisch gut

Jurist Frei hatte die Gesetzgebung darauf ausgelegt, Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme auszuschließen – noch vor der Einreise müssen Ausländer nachweisen, dass sie finanziell für sich selbst sorgen können. Theoretisch war das gut, praktisch hat's nicht funktioniert wie erhofft.

Nicht nur der Pandemie wegen, sondern auch, weil die zuständigen Behörden zu langsam arbeiten und Deutschland für gu-



Fachkräfte aus dem Ausland sind in der Industrie wie auch in anderen Branchen überaus begehrt. Doch bisher sind viel zu wenige gekommen. Eine Gesetzesreform soll dies ändern. *Fotos: NQ-Archiv*

„Es ist entscheidend, dass das reformierte Fachkräfteeinwanderungsgesetz ein Erfolg wird.“

te Leute aus dem Ausland nur mäßig interessant ist und mit dem Einreiseverfahren viel Bürokratie verbunden ist. Außerdem verdienen die gesuchten Einwanderer in Ländern wie den USA oder der Schweiz mehr Geld und zahlen gleichzeitig weniger Steuern. Obwohl die Hürden für ausgebildete Beschäftigte aus den sogenannten Drittstaaten deutlich gesenkt wurden, sind seitdem laut Arbeitsministerium gerade mal 130 000 Fachkräfte mit entsprechenden Visa eingereist.

### Gesetz nun reformiert

Konsequenz: Der Bundestag beschloss jetzt eine Reform des Gesetzes von 2020 – gegen die Stimmen von Union und AfD. Damit will es die Ampel-Koalition den begehrten Arbeitskräften noch leichter machen als bisher einzuweisen (siehe Infokasten).

In der Industrie setzt man große Hoffnungen in das neu gestaltete Gesetz. „Die wachsende Arbeits- und Fachkräftelücke zählt zu den größten Geschäftsrisiken der Metall- und Elektro-



CDU-Wahlkreisabgeordneter Thorsten Frei (links) und die Union waren gegen die Reform, in die Markus Fink (rechts) große Hoffnungen setzt.



### Chancenkarte und Spurwechsel

Das reformierte Fachkräfteeinwanderungsgesetz sieht unter anderem die Einführung einer sogenannten Chancenkarte vor. Je nach Sprachkenntnis, Berufserfahrung, Alter und Deutschlandbezug sollen arbeitswillige Ausländer Punkte bekommen können, die sie zum Erhalt dieser Chancenkarte berechnen können. Sie dient dann

als Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr. Inhaber können damit in Deutschland auf Arbeitssuche gehen. Das Einwanderungsland Kanada macht das so ähnlich seit vielen Jahren. IT-Fachkräfte sollen künftig auch ohne Hochschulabschluss kommen dürfen, sofern sie bestimmte Qualifikationen nachweisen können. Außerdem soll

es für Menschen in Asylverfahren, die vor dem 29. März 2023 eingereist sind und eine qualifizierte Tätigkeit in Aussicht haben, die Möglichkeit zum sogenannten „Spurwechsel“ geben. Sie sollen also arbeiten dürfen. Die Gegner der Reform meinen, die Integrationsmöglichkeiten Deutschlands würden damit ignoriert. *rat*

industrie in der Region“, sagt Markus Fink, scheidender Geschäftsführer der Bezirksgruppe Schwarzwald-Hegau des Arbeitgeberverbands Südwestmetall in Villingen. „Deshalb ist es so entscheidend, dass das jüngst verabschiedete reformierte Fachkräfteeinwanderungsgesetz ein Erfolg wird.“

Fink will vor allem eine deutliche Beschleunigung der Abläufe in den Visa-Stellen der deutschen Botschaften und in den Ausländerbehörden. Denn die langwierigen Verwaltungsverfahren seien das zentrale Nadelöhr für mehr Zuwanderung dringend benötigter Fachkräfte.

### Monatelange Wartezeiten

Das sind für Markus Fink zentrale Erfolgsbedingungen – „Ohne echten Fortschritt in diesem Bereich wird auch das weiterentwickelte Fachkräfteeinwanderungsgesetz nicht die gewünschte Wirkung entfalten können.“ Die traurige Realität seien immer noch monatelange Wartezeiten bei den Visa-Stellen im Ausland sowie Verzögerungen bei der Terminvergabe durch Ausländerbehörden, beklagte er. Unternehmen berichten sogar, dass sich die Lage in den letzten Jahren weiter verschlechtert habe.

Neben fehlendem Personal sei ein großes Problem, dass die

Behörden ihre Prozesse immer noch viel zu wenig digitalisiert hätten, beklagt Fink. „Diesen unzumutbaren Verwaltungszustand sollten Bund, Länder und Kommunen in gemeinsamer Regie beenden und für zügige Verfahren sorgen.“

### Künftig digital

Alle Anträge müssten künftig digital verarbeitet werden. Das würde allen Beteiligten enorm viel Zeit und Aufwand sparen, meint der Bezirksgruppen-Geschäftsführer. Die beteiligten Behörden im Zuwanderungsverfahren müssten zudem personell, fachlich und finanziell ausreichend ausgestattet und von unnötigen Aufgaben entlastet werden.

Markus Fink begrüßt außerdem den jüngsten Vorstoß der baden-württembergischen Ministerin der Justiz und für Migration, Marion Gentges, für die Einrichtung einer zentralen Stelle zur Fachkräfteeinwanderung im Südwesten.

„Damit würde Baden-Württemberg anderen Bundesländern folgen, die bereits gute Erfahrungen mit Zentralen Ausländerbehörden gemacht haben. Jetzt sollte das Projekt von der Landesregierung aber auch zügig umgesetzt werden“, sagt der Arbeitgebervertreter von Südwestmetall in Villingen.